

Antrag 6/I/2026

OV Hennigsdorf

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

NEIN zur Überwachung Brandenburger Bürger*innen

1 Die SPD Brandenburg wird sich im Koalitionsvertrag
2 mit der CDU sowie im weiteren Regierungshandeln
3 mit dieser gegen die Einführung von Sicherheits-
4 und Überwachungssoftware einsetzen, die nicht
5 zweifelfrei datensicher mit den hochsensiblen Per-
6 sonendaten von Bürger*innen verfährt.
7 Statt Softwareanwendungen aus Staaten des inter-
8 nationalen Raums, sollte bei Einführung eine souve-
9 räne digitale europäische Lösung gewählt werden.

10

Begründung

11 Überwachungssysteme werden immer digitaler,
12 mithin kompetenter und wählen zum Teil bereits
13 Datenerfassungsmethoden mittels künstlicher
14 Intelligenz. Dabei werden Unmengen hochsensibler
15 persönlicher Daten erhoben.
16 Zwar ist der Einsatz von Sicherheits- und Über-
17 wachungssoftware notwendig, um eine geeigne-
18 te Strafverfolgung und ggf. Kriminalitätspräventi-
19 on durchzuführen, dennoch bestehen, insbesondere
20 bei Datenlagerungen im Ausland auch enorme Da-
21 tenrisiken.
22 Die Autokratisierung der Welt zeigt zudem, dass
23 derartige Software nicht nur zur Strafverfolgung,
24 sondern auch zur gezielten Überwachung und
25 Unterdrückung von Bürger*innen eingesetzt wird.
26 Als freiheitlich-demokratisches Deutschland müs-
27 sen wir uns einer Überwachung unserer Bevölke-
28 rung entschlossen entgegenstellen!
29

muss der Koa-Vertrag abgewartet werden